

Frau & Politik

Magazin der Frauen Union der CDU Deutschlands

FU!

Ausgabe 2/2017 · 63. Jahrgang G2977



Familien stärken

CDU

Auf den Punkt gebracht	2
Schwerpunkt	
Familien stärken	
Zeit, Geld, Infrastruktur	5
Vorteil Faktorverfahren	7
Reichtum Kinder	9
Frau im Gespräch	
Die Neuen	10
Frau & Info	11
80 Jahre Rita Süßmuth	
Frauen bewegen	12
Frau vor Ort	
AKKtiv mit Herz	14
Frau & Info	15
Impressum	15



Liebe Frauen,

die CDU ist überzeugend und mit viel Schwung in das Superwahljahr 2017 gestartet. Die CDU Saar mit Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer an der Spitze hat nach einem fantastischen Wahlkampf einen beeindruckenden Wahlerfolg eingefahren. Bei 40,7 Prozent sprechen zu Recht viele vom Annegret-Effekt. Das Geheimnis des Erfolges beschreibt die saarländische Vorsitzende der Frauen Union Anja Wagner-Scheid in dieser Ausgabe. Eines ist jedenfalls klar: Der Tür-zu-Tür-Wahlkampf wirkt.

Der Staffelpstab des Erfolges wurde dann an die CDU Schleswig-Holstein weiter gereicht. Mit seinem frischen Auftreten und klaren Botschaften hat Daniel Günther die CDU im Wahlkampf zu neuer Stärke gebracht. Torsten Albig und seine Küsten-Koalition aus Roten, Grünen und SSW sind klar abgewählt worden. Neben gravierenden Fehlern in der Kommunikation des Ministerpräsidenten waren dafür vor allem eine mangelhafte Regierungsbilanz verantwortlich. Die CDU hat jetzt dort einen klaren Regierungsauftrag und die Chance, ihren Wahlslogan „Anpacken, nicht Rumschnacken“ umzusetzen.

Der große Erfolg der CDU Schleswig-Holstein war auch ein kräftiger Rückenwind für die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, die zu Beginn des Wahlkampfs deutlich hinter der SPD lag. Das Ergebnis der Landtagswahl 2017 mit 33 Prozent ist ein Riesenerfolg für die CDU NRW mit Armin Laschet an der Spitze. Der 3. Erfolg in Folge.

Bis zur Bundestagswahl am 24. September haben wir noch viel vor. Trotz der drei Landtagswahlkämpfe wird in Berlin weiter regiert. Das sind wir den Bürgerinnen und Bürgern schuldig.

Die Frauen Union der CDU hat noch in den letzten Sitzungswochen einen lang angestrebten frauenpolitischen Erfolg im Bundestag erreicht. Hinter dem Wortungetüm ‚Steuerbekämpfungsumgehungsgesetz‘ versteckt sich die Beseitigung einer der Hauptmotivationskiller, wenn es

um die Erwerbstätigkeit von Frauen geht. Auf Initiative der Frauen Union wird Ehegatten in Zukunft der Wechsel aus der Steuerklasse erleichtert. Der Wechsel aus der Steuerklassenkombination III/V zurück zu den Steuerklassen IV/IV ist künftig bereits auf Antrag nur eines Ehegatten möglich.

Noch fairer ist die Steuerklassenkombination IV/IV mit Faktor. Die Besteuerung für jeden Ehepartner ist dann schon bei den laufenden Gehaltszahlungen zutreffender. Es lohnt sich, deshalb das Faktorverfahren zu wählen. Bei der Wahl der Steuerklassenkombination IV/IV mit Faktor errechnet das Finanzamt einen Faktor, der die steuermindernde Wirkung des Splittingverfahrens beim monatlichen Lohnsteuerabzug berücksichtigt. Der Vorteil des Ehegattensplittings wird so bei jeder Gehaltsabrechnung und somit auch die Lohnsteuerbelastung fair und gleichberechtigt zwischen den Ehepartnern verteilt.

Mit der Umsetzung des zweijährigen Beantragungszeitraums der Steuerklasse IV mit Faktorverfahren im elektronischen Lohnsteuerverfahren schaffen wir eine echte Bürokratierleichterung.

Damit ist die Steuerklasse V faktisch vom Tisch. Denn es ist nicht das vom politischen Gegner verteufelte Ehegattensplitting, welches bei den Frauen angeblich negative Arbeitsanreize setzt, sondern die Steuerklasse V.

Das Gesetz zur Bekämpfung von Kinderehen haben wir jetzt im parlamentarischen Verfahren. Kinderehen stehen in krassem Gegensatz zum Kindeswohl. Mädchen und jungen Frauen wird so die Chance auf eine selbstbestimmte eigenverantwortliche Lebensgestaltung genommen. Die Frauen Union der CDU hatte schon im vergangenen Sommer, als erste Zahlen über die Zunahme von Kinderehen in Deutschland bekannt wurden, ein umfassendes Konzept für ein Verbot von Kinderehen und den Schutz der Minderjährigen vorgestellt. Es ist gut, dass wir jetzt vorankommen.

Auch bei der Erarbeitung des Regierungsprogramms von CDU und CSU kommen wir vorwärts. Im April haben tausende Bürgerinnen und Bürger ihre Ideen zum Regierungsprogramm an die CDU geschickt. Diese Beteiligung zeigt das starke Interesse, unser Land gemeinsam zu gestalten. Die eingegangenen Ideen werden nun ausgewertet. Jetzt sind allein die CDU-Mitglieder gefragt. Sie können dann auf CDUplus abstimmen: Welche Themenfelder und welche Ideen sind Ihnen für das gemeinsame Regierungsprogramm von CDU und CSU zur Bundestagswahl am 24. September besonders wichtig?

Im Themenschwerpunkt lesen Sie die ersten Ideen unserer Autorinnen für eine Stärkung von Familien.

Machen auch Sie mit und stärken Sie die Stimme von Frauen und Familien, indem Sie Ihre Ideen einbringen!

Herzlichst,



Annette Widmann-Mauz

Vorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands



Familie im Mittelpunkt

Wir wollen die bessere Unterstützung und Förderung von Kindern und Familien zu einem Schwerpunkt der Politik in der Union machen. Deshalb muss Familienpolitik im Mittelpunkt des Wahlprogramms der Union stehen.

Wir stehen für echte Wahlfreiheit der Eltern. Familien sollen selbstbestimmt und eigenverantwortlich darüber entscheiden, wie sie ihr Leben mit Kindern gestalten und wie sie die Verantwortung beider Elternteile – für den Einkommenserwerb und für Familienaufgaben – teilen wollen. Wir bauen deshalb auf ein lebensphasenorientiertes, flexibles Zwei-Verdienermodell.

Wir wollen mit unserer Familienpolitik zu einem „Ja zum Kind“ ermutigen und die Entscheidung auch für mehrere Kinder erleichtern.



Foto: © motorradbr - AlamyStock

Was brauchen junge Familien heute?

Zeit, Geld, Infrastruktur

Zur Lebensqualität gehört für die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland ein gutes Familienleben. Dieses hat sich in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt und auch zu einer größeren Bedeutung von Familie beigetragen. Familien in Deutschland sind vielfältig geworden. Sie unterscheiden sich nicht nur in ihrem Lebensstil, in ihrem (kulturellen) Selbstverständnis, sondern auch in ihren Lebensformen. Zwar bleibt das verheiratete Paar mit Kindern das gewünschte und gelebte Familienmodell in 69 Prozent der Familien, doch unterscheidet sich die Generation der 20-39-jährigen grundlegend von der älteren Generation in ihrem Selbstverständnis Familie zu leben.

Jungen Familien geht es, wie aktuelle Studien zeigen, um eine wechselseitige Verteilung von Fürsorge und Erwerbsarbeit. Sie wollen eine Aufteilung innerhalb der Familie, in der sich Väter stärker in die Familie einbringen und Mütter ihrem Beruf erfolgreich nachgehen können. Allerdings besteht hinsichtlich Wunsch und Wirklichkeit eine große Diskrepanz. Wie in nahezu allen europäischen Ländern ist auch in Deutschland ein Trend zur Zweiverdienerfamilie zu beobachten. Heute sind in 70 Prozent der Paarhaushalte mit minderjährigen Kindern beide Eltern berufstätig. Die Gründe dafür liegen in der wirtschaftlichen Situation der Familien, die mittlerweile zwei Einkommen benötigen, sowie der zunehmenden Qualifikation der Mütter.

Junge Familien stehen heute unter einem erheblichen zeitlichen und finanziellen Druck. Sie sehen sich vielfältigen und erhöhten Ansprüchen an Erziehung, Bildung, Medienkompetenz oder auch Ernährung gegenüber. Vor al-

lem in der Rushhour des Lebens, in der Familiengründung, berufliche Karriere und Wohnungssuche kumulieren, erfahren junge Familien Zeitknappheit und finanziellen Druck. Damit junge Familien selbstbestimmt und frei ihr Familienleben gestalten können, benötigen sie flexiblere Arbeitszeiten, wirtschaftliche Stabilität und eine qualitativ gute Kinderbetreuung. Dabei ist zu beobachten, dass der kulturelle Wandel, die zunehmende Digitalisierung der Arbeitswelt und die demografische Entwicklung eine enorme Veränderungsdynamik auch hinsichtlich der Familien und der Familienpolitik freisetzen. Was bedeutet diese Entwicklung für junge Familien und was brauchen Sie?

Mehr zeitliche Spielräume ermöglichen mehr Lebensqualität

Die Anforderungen an Familien verändern sich im Laufe des Lebens. In der Rushhour des Lebens ist – wie Studien nachgewiesen haben – die zeitliche Belastung in jungen Familien am größten. Damit junge Mütter und Väter den unterschiedlichen Anforderungen von Eltern im Lebensverlauf gerecht werden können, gleichzeitig berufstätig sein können und genügend Zeit haben, sich um ihre Kinder zu kümmern, ist ein flexibles Zweiverdienermodell, das sich an den Bedürfnissen des Kindes orientiert und Eltern individuelle Flexibilität ermöglicht, ein wichtiger Baustein, die Rushhour des Lebens zu entzerren. Dazu könnte ein lebensphasenorientiertes flexibles Familienzeitkonto beitragen, auf dem gesetzliche Zeitguthaben



Foto: © ilkercekk - AdobeStock

für Erziehungs- und Familienpflegezeiten und entsprechende Leistungen in einem individuellen Lebensarbeitszeitkonto zusammengeführt werden.

Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, ist es wichtig, die ganze Bandbreite familiärer Fürsorge im Lebensverlauf von der Kinderbetreuung bis zur Pflege von Angehörigen abzubilden.

Die zunehmende Digitalisierung der Arbeitswelt ermöglicht ein verändertes Verständnis von Arbeitszeitgestaltung und Arbeitsumgebung. Mobiles Arbeiten, Tablets, Laptops oder Smartphones bieten vielen Familien zeitliche Flexibilität, die es ihnen möglich macht, Familie und Beruf besser zu vereinbaren. Um mehr Zeitsouveränität für die Fürsorgearbeit in der Familie zu gewinnen, ist zu prüfen, ob eine wöchentliche anstelle einer täglichen Höchstarbeitszeit für berufstätige Eltern eine Erleichterung zur starren Arbeitszeitregelung des Acht-Stunden-Tages sein könnte.

Haushaltsnahe Dienstleistungen tragen zur Entlastung von Familien bei. Damit möglichst alle Familien davon profitieren – Zweiverdienerfamilien, Alleinerziehende und Mehrkindfamilien – wäre eine steuerliche Absetzbarkeit von haushaltsnahen Dienstleistungen analog zu den Betreuungskosten von 4.000 Euro für Familien eine finanzielle Entlastung und würde zeitliche Spielräume ermöglichen. Für einkommensschwächere Familien würde ein Gutscheinsystem, wie in Belgien, Dänemark oder Frankreich, ein Äquivalent bieten, das auch im Bereich der Kindertagesbetreuung zur Reduzierung von Elternbeiträgen und Wahrnehmung von Bildungsangeboten von Kindern genutzt werden könnte.

Finanzielle Entlastung für Familien

Die wirtschaftliche Stabilität ist eine wichtige Grundvoraussetzung junger Familien. Um Kinder stärker zu berücksichtigen, könnte das bestehende Ehegattensplitting um ein Familiensplitting ergänzt werden. Das bedeutet, dass die steuerliche Berücksichtigung von Kindern auf die

Höhe des Freibetrags für Erwachsene angehoben werden müsste. Somit würde den Eltern für Vater, Mutter oder Kind ein gleich hoher Freibetrag gewährt. Parallel dazu würde es zu einer weiteren Erhöhung des Kindergeldes kommen, von der vor allem Familien mit geringem Einkommen und Alleinerziehende profitieren.

Bezahlbarer Wohnraum oder auch der Erwerb von Eigentum wird für junge Familien in manchen Regionen immer schwieriger. Ein nach der Kinderzahl gestaffeltes Baukindergeld von bis zu 25.000 Euro in Form einer ergänzenden kindbezogenen Zahlung als Einmalbetrag oder alternativ jährliche kindbezogene Ermäßigungen der Grunderwerbsteuer würden helfen, um Familien einen besseren Zugang zu familienadäquatem Wohnraum und einen Einstieg in die Vermögensbildung zu ermöglichen.

Eltern brauchen bessere Kitas

Junge Eltern beklagen nicht nur die weiterhin fehlenden Kitaplätze, sondern auch die Qualität der Kindertageseinrichtungen. Eltern müssen sicher sein, dass ihr Kind nicht nur verlässlich, sondern auch gut betreut wird. Verbindliche Qualitätsstandards und eine finanzielle Ausstattung der Kindertagesstätten sind dafür eine wichtige Voraussetzung.

Eine gute verlässliche Kita ist vor allem für Alleinerziehende von besonderer Bedeutung, da durch eine damit ermöglichte Berufstätigkeit das Armutsrisiko gesenkt werden könnte. Denn im Vergleich zu Paarfamilien sind Alleinerziehende im Schnitt fünf Mal häufiger im SGB II-Bezug. Das Armutsrisiko beträgt bei Alleinerziehenden 41,9 Prozent und betrifft über eine Million minderjährige Kinder.

Aber auch für Kinder aus Migrantenfamilien (27 Prozent) ist eine gute Kitaqualität für ihren weiteren Bildungsweg von großer Bedeutung.

Christine Henry-Huthmacher ist Koordinatorin für Familien- und Frauenpolitik der KAS

Vorteil Faktorverfahren



Faire und gerechte Besteuerung durch das Faktorverfahren

Das Ehegattensplitting hat nichts von seiner Bedeutung verloren. Im Gegenteil: Es ist ein integraler Bestandteil zur Förderung von Ehe und Familie.

Ehepaaren wird es selbst überlassen, in welcher Form der Erwerbsgemeinschaft sie leben wollen, ob sich einer der Partner ausschließlich der Kindererziehung widmen oder beide berufstätig sein wollen.

Das Splitting garantiert, dass sie in Bezug auf ihre Steuerlast nicht schlechter gestellt sind als gleich hoch verdienende Partner.

Ohne Splitting würden Ehepaare wegen des progressiven Steuertarifs (höhere Einkommen werden mit höherem Steuersatz belegt als kleinere) zusammen mehr Steuern zahlen als ein unverheiratetes Paar.

Ehen mit Kindern profitieren

Die Behauptung, das Ehegattensplitting bevorteile Ehen ohne Kinder, ist übrigens falsch.

Da der Splittingeffekt am größten dort ist, wo nur ein Ehepartner verdient, profitieren in der Regel Familien mit Kindern.

So entfallen 90 Prozent des Splittingeffekts auf Paare mit Kindern, bei denen sich ein Teil vorwiegend um die Kindererziehung kümmert und dafür finanziell zurücktritt.

Entsprechend ist auch die Aussage falsch, das Splitting hindere die Erwerbsaufnahme: Auch wenn beide wieder einer Erwerbstätigkeit nachgehen, bleibt ihnen der Splittingeffekt erhalten.

Steuerklassen

Auch die Lohnsteuerklassen behindern die Erwerbsaufnahme von Frauen nicht. Ehepartner können für den Lohnsteuerabzug die Steuerklassen III/V oder IV/IV wählen. Bei der Kombination III/V werden sämtliche Freibeträge und sonstigen Vorteile auf den besser verdienenden Partner übertragen, so dass dessen Lohnsteuer einbehalt schon unterjährig entsprechend sinkt. Dafür zahlt der schlechter verdienende Partner Lohnsteuer ab dem ersten Euro. Ergebnis ist ein Liquiditätsvorteil, der allerdings häufig mit einer Steuernachzahlung verbunden ist. An der Gesamtsteuerbelastung ändert sich aber nichts.

Unter der Steuerklassenkombination IV/IV erfolgt der Lohnsteuerabzug für jeden Partner einzeln unter Berücksichtigung der jedem zustehenden Freibeträge. Auch hier ist der Abzug ungenau, da weder die tatsächliche Höhe von Werbungskosten noch der Vorteil des Splittings berücksichtigt sind. Die Ungenauigkeit wirkt sich hier zu Lasten des Paares aus: Sie geben dem Fiskus einen zinslosen Kredit und bekommen über den Lohnsteuerjahresausgleich Geld vom Finanzamt zurück.

IV/IV mit Faktor

Aufgrund dieser Ungenauigkeit besteht seit 2010 die Möglichkeit, die Steuerklassen IV/IV mit Faktor zu wählen. Beim Faktorverfahren werden Freibeträge und sonstige entlastende Vorschriften bei jedem Partner im Lohn-

Lohnsteuerabzug im Vergleich				
Ehegatte	Arbeitslohn	Lohnsteuer bei III/V	Lohnsteuer bei IV/IV	Lohnsteuer bei IV/IV mit Faktor 0,971
A	36.000 Euro	2.304 Euro	5.202 Euro	5.051 Euro
B	20.400 Euro	3.916 Euro	1.523 Euro	1.478 Euro
		6.220 Euro	6.725 Euro	6.529 Euro

Die voraussichtliche Einkommensteuerschuld im Splittingverfahren: 6.532 Euro.

steuerabzugsverfahren berücksichtigt. Durch den Faktor wirkt sich außerdem die steuermindernde Wirkung des Splittings bereits monatlich aus. Diese Variante ist die gerechteste, denn sie berücksichtigt die individuellen Steuerminderungsgründe und verteilt den Splittingvorteil so auf beide Partner, dass er ihrem jeweiligen Anteil am Gesamteinkommen entspricht. Nachzahlungen wie in der Steuerklassenkombination III/V werden vermieden.

Die Berechnung des Faktors ist aber aufwändig: Beide Partner müssen das Faktorverfahren beim Finanzamt beantragen und ihr voraussichtliches Einkommen und Werbungskosten angeben. Hieraus erstellt die Behörde erst einen fiktiven Steuerbescheid und berechnet dann die voraussichtliche Lohnsteuer beider Partner in Steuerklasse IV. Daraus ergibt sich ein Quotient (Faktor), der dem jeweiligen Lohnsteuereinbehalt zugrunde gelegt wird. Ein Beispiel sehen Sie in der obigen Grafik.

Das Beispiel zeigt: Der niedrigste Lohnsteuerabzug erfolgt in den Steuerklassen III/V, allerdings mit hohen Abzügen beim geringer verdienenden Partner. Das Faktorverfahren nähert den Lohnsteuerabzug durch proportionale Aufteilung des Splittingvorteils sehr genau der tatsächlichen Steuerbelastung an und ist so zielsicherer.

Das Faktorverfahren muss ab 2019 nicht mehr jährlich beantragt werden. Ein Antrag alle zwei Jahre genügt. Ab 2018 reicht es für die Rückkehr von III/V nach IV/IV aus, wenn ein Partner sie beantragt. Jede Frau hat es dann selbst in der Hand, ob sie am Monatsende mehr Geld auf dem eigenen Konto hat oder sich für das dem ehelichen Haushalt zufließende Liquiditätsplus entscheidet.

Weitere Handlungsoptionen bei der Ehegattenveranlagung

Durch die Abgabe einer gemeinsamen Steuererklärung und der daraus folgenden Zusammenveranlagung werden Ehepartner Gesamtschuldner der Steuer. Das kann gerade im Insolvenzfall eines Partners negative Folgen für den anderen haben. Auch in der Krise kann ein Interesse bestehen, nicht gemeinsam für die Steuerschuld zu haften. Um dies zu erreichen, können die Ehepartner sich für getrennte Steuererklärungen entscheiden. Folge ist aber der Wegfall des Splittingvorteils.

Eine andere Möglichkeit der Enthftung ist die Beantragung der Aufteilung der Steuerschuld. Das Finanzamt stellt dann fest, welcher Teil der festgesetzten Steuer auf welchen Partner entfällt und zu welchen Anteilen die Ehepartner für eine Nachzahlung haften. Diese können so nur in Höhe des eigenen Anteils in Anspruch genommen werden. Auch im Erstattungsfall lässt sich so vorgehen.

Wer gut informiert ist, macht keine Fehler!

Aufklärung über rechtliche Möglichkeiten ist die beste Option, Frauen zu selbstbestimmten Entscheidungen zu verhelfen. Im Zweifel ist der Beitrag zu einem Lohnsteuerhilfverein sehr gut angelegtes Geld.

Antje Tillmann MdB ist Finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Reichtum Kinder



Kinderreiche Familien verdienen mehr Entlastung

Kinderreiche Familien haben keine große Lobby. Sie brauchen viel Kraft für ihren Familienalltag und sie machen nur 1/6 aller Familien aus. Dabei wachsen fast 30 Prozent aller Kinder in ihnen auf, fast so viele wie in den Familien mit Einzelkind.

Zahlreiche Reformen der letzten Jahre kommen auch kinderreichen Familien zugute, jedoch mit bescheidenerer Wirkung. Dies entspricht nicht der notwendigen Anerkennung für ein Lebensmodell, das einen entscheidenden Beitrag zur demografischen Stabilisierung unserer Gesellschaft leistet, in der fast die Hälfte aller Frauen kein oder nur ein Kind zur Welt bringen.

Familien sollten in der Rushhour des Lebens entlastet werden. Die flexiblere Gestaltung von Erwerbs- und Fürsorgezeiten über den gesamten Lebensverlauf ist ein großes Projekt. Der Ausbau der Kinderbetreuung hilft den Kindern von Kleinfamilien, das Miteinander mit ihresgleichen zu lernen, während ihre Eltern leichter einer Berufstätigkeit nachgehen können. Familien mit drei oder mehr Kindern, die eine längere berufliche Einschränkung zugunsten von Erziehung und familiärem Miteinander hinnehmen, profitieren weniger von dieser Infrastruktur. Deshalb setzen wir uns für einen flexiblen Wiedereinstieg ins Berufsleben auch nach längerer Erziehungspause ein, einschließlich des Rechts auf Rückkehr in die Vollzeittätigkeit. Auch ein lebensphasenorientiertes Familienzeitkonto, auf dem Zeitguthaben angesammelt, zwischen Eltern übertragen und nach Bedarf in Anspruch genommen werden können, wäre geeignet, kinderreichen Familien die Bewältigung ihrer Erziehungs- und Erwerbsaufgaben zu erleichtern.

Unverständlich bleibt, dass manche Familienentlastungen nur auf kleine Familien abstellen, so dass sie kin-

derreichen Familien weniger nützen. Immer noch gibt es Familienkarten, die für maximal zwei Kinder gelten; auch der Kinderzuschlag für Arbeitslose differenziert nicht nach der Anzahl der Kinder im Haushalt. Hier wären Regelungen besser, die sich an der Kinderzahl orientieren.

Kinderreiche Familien brauchen mehr Wohnraum als andere, unterliegen aber oft im Wettbewerb mit Kleinfamilien. Es braucht eine gerechtere Förderung des Wohnungsbaus und der Bildung von Wohnungseigentum, z.B. durch ein „Baukindergeld“.

Das Elterngeld ist als Lohnersatzleistung geschaffen worden, die in der Regel eine vorausgegangene Berufstätigkeit verlangt. Folgen Geburten dicht aufeinander, gibt es nur noch den Sockelbetrag. Ich möchte, dass auch nach einer Folgegeburt innerhalb von zwei Jahren das Erziehungsgeld in der gleichen Höhe gezahlt wird wie beim ersten Kind.

Eine stärkere finanzielle Entlastung der Familien entsprechend ihrer Kinderzahl wollen wir schließlich erreichen, indem der Steuerfreibetrag für Kinder auf den Satz für Erwachsene erhöht und das Kindergeld entsprechend angepasst wird. Auch die Sozialversicherungsbeiträge sollten endlich die Erziehungsleistung von Familien stärker berücksichtigen.

Familien sind von unschätzbarem Wert für die Zukunft unserer Gesellschaft. Gerade kinderreiche Familien verdienen unsere volle Aufmerksamkeit, hohe Wertschätzung und bestmögliche Entlastung.

Bettina M. Wiesmann MdL ist stellv. Vorsitzende der FU Hessen sowie stellv. Vorsitzende des BFA Familie, Senioren, Frauen und Jugend



Silvia Breher



Dr. Dietlind Tiemann



Kerstin Vieregge

Die Neuen

Silvia Breher **Wahlkreis 032 Cloppenburg-Vechta**

Mittels einer Urwahl im Wahlkreis 32 Cloppenburg-Vechta wurde ich im Februar diesen Jahres zur Bundestagsdirektkandidatin gewählt – als erste weibliche CDU-Direktkandidatin des Oldenburger Münsterlandes überhaupt.

Über diesen Vertrauensbeweis bin ich sehr stolz und er spornt mich an, die erfolgreiche politische Arbeit meiner Heimat im Bund fortzusetzen und auszubauen.

Mein Name ist Silvia Breher, ich bin 43 Jahre alt, verheiratet und lebe mit meinem Mann und unseren drei Kindern im Landkreis Cloppenburg. Ich bin Rechtsanwältin und seit 2011 als Geschäftsführerin des Kreislandvolkverbandes Vechta zuständig für alle Themenstellungen rund um die Landwirtschaft.

Seit zwei Jahren leite ich den Fachausschuss Europa der CDU im Landesverband Oldenburg und wurde 2014 zum Mitglied der Bundeskommission „Nachhaltig leben – Lebensqualität bewahren“ berufen.

Wir alle erleben eine Zeit des Wandels. Globalisierung, Digitalisierung und demografischer Wandel beschäftigen uns. Populisten versuchen Unsicherheiten auszunutzen. Mein Bestreben ist es, diesen Herausforderungen mit einer stabilen und zuverlässigen Politik in meinem Heimatwahlkreis und in der Bundespolitik zu begegnen.

Ich werde mich für eine Verstärkung des Engagements für den ländlichen Raum einsetzen. Als ein wichtiges Ziel sehe ich den zügigen Breitbandausbau an.

Mein Hauptziel aber ist es, Ansprechpartnerin für alle Menschen in meiner Heimat zu sein.

Dr. Dietlind Tiemann **Wahlkreis 060 Brandenburg a. d. Havel – Potsdam – Mittelmark I – Havelland III – Teltow-Fläming I**

Als langjährige selbständige Unternehmerin und mehrmals direkt gewählte Oberbürgermeisterin ist für mich klar, dass wir uns bei der Gestaltung der Zukunft unseres Landes nur gemeinsam erfolgreich engagieren können. Genau deshalb ist „Engagiert. Gemeinsam. Erfolgreich.“ mein Wahlkampf motto. Mein Wahlkreis 60 umfasst die Stadt Brandenburg an der Havel und jeweils Teile des Havellandes, Potsdam-Mittelmarks und Teltow-Flämings.

Ich trete dafür an, dass wir als Bürgerinnen und Bürger vor Ort selbständig Zukunftschancen für unsere Städte, Kreise und Gemeinden entwickeln können, denn dort sind wir zuhause. Die Stärke meiner Heimatstadt und der traditionsreichen Kulturlandschaften meiner Region liegt genau in diesem gemeinsamen demokratischen Engagement der Menschen. Ob bei den Themen Sicherheit, Bildung, Wirtschaft oder Zukunftschancen: Unser Engagement vor Ort braucht immer auch gute bundespolitische Rahmenbedingungen. Mir ist es deshalb wichtig, einen stärkeren Blick für die Städte, Kreise und Gemeinden sicherzustellen.

Das demokratische Engagement der Menschen vor Ort sollte wieder stärker beachtet und unterstützt werden. Meine Arbeit war genau davon immer geprägt. Deshalb ist es mein Ziel, diese umfassenden Erfahrungen aus der Arbeit direkt vor Ort in den Bundestag einzubringen.

frau & info

Drei Frauen der CDU, die sich erstmalig zur Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017 stellen. Wir fragten sie nach ihren Beweggründen sich der Kandidatur zu stellen.

Kerstin Vieregge Wahlkreis 135 Lippe I

Extertal – das ist meine Heimatgemeinde, hier auf dem Land bin ich großgeworden. Ein Leben auf dem Land birgt viele Vorteile, zugegeben aber auch Herausforderungen. Eines war mir als Teenager bereits bewusst: Ich möchte das Leben hier mitgestalten, mich gesellschaftlich engagieren und einbringen. Deshalb waren und sind für mich die vielen Gedanken und Ideen von Bürgern, die gestalten und anpacken möchten, ob beruflich oder ehrenamtlich, absolut spannend. Nach der Aktivität in verschiedenen Jugendverbänden bin ich 1999 in die CDU eingetreten, um mich für meine Heimatgemeinde Extertal als Gemeindeverbandsvorsitzende und Ratsfrau starkzumachen. Es folgte der Schritt in den lippischen Kreistag.

Es ist erfüllend, mitzuerleben, dass jetzt der ländliche Raum, ob in den Ländern oder im Bund, die Aufmerksamkeit erhält, die ihm gebührt. Diese Erfahrungen haben mich ermuntert und bestärkt, diese und auch andere Themen im Deutschen Bundestag voranzutreiben und zu unterstützen.

Für mich ist die Familie und deren Zusammenhalt besonders wichtig. Diese spezielle Keimzelle und deren Herausforderung möchte ich mit meiner Arbeit gern unterstützen. Das Thema 'Familie und Beruf' ist im Vergleich zu anderen Ländern bei uns erst am Anfang einer positiven Entwicklung.

Mit meinen 40 Jahren kann ich schon von einer gewissen Erfahrung sprechen, weiß aber auch, dass wir in der Politik immer wieder vor neuen Aufgaben stehen und leidenschaftlichen Ansporn haben, die Probleme zu erkennen, anzunehmen und vor allem zu lösen. Dieser Ansporn ist mit unseren Werten und besonders dem C zu untermauern.

Women 20

Im Vorfeld des G20-Gipfels in Hamburg fand das WOMEN20-Treffen unter dem Vorsitz von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel als amtierende G20-Präsidentin in Berlin statt. Frauen aus Wirtschaft, Wissenschaft



und Gesellschaft der G20-Staaten diskutierten über die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der Gesellschaft. Dem W20-Dialogforum ging ein mehrmonatiger Arbeitsprozess voraus. Im Februar gab es einen nationalen Gipfel mit Vertreterinnen von Frauenorganisationen an dem sich die Frauen Union der CDU Deutschlands beteiligte.

Den Höhepunkt bildete das prominente Podium zur Teilhabe von Frauen in der Arbeitswelt, u. a. mit der Bundeskanzlerin, Königin Máxima der Niederlande, IWF-Direktorin Christine Lagarde sowie Ivanka Trump, Tochter und Beraterin des US-Präsidenten Donald Trump. Eine zentrale Frage lautete, wie weibliches Unternehmertum weltweit im größeren Maßstab gefördert werden kann. Trotz unterschiedlicher Biografien war man sich über den wichtigsten Handlungsschwerpunkt einig: Die wirtschaftliche Stärkung von Frauen sollten fortschrittliche Industrienationen, aufstrebende Schwellenländer und Entwicklungsländer gleichermaßen verfolgen. Eine stärkere wirtschaftliche Beteiligung von Frauen kann maßgeblich dazu beitragen, den Wohlstand einer Gesellschaft zu fördern und nachhaltiges Wachstum zu erzeugen.

Die Bundeskanzlerin machte deutlich, dass berufstätige Frauen oder Gründerinnen mehr internationale Unterstützung benötigen. So müsse die Kluft zwischen Frauen und Männern bei der Erwerbsquote und der Entlohnung verringert, mehr Zugang für Frauen und Mädchen zu Bildung sowie die Teilhabe an der Digitalisierung ermöglicht werden. Unter anderem wurde auch die Errichtung eines Fonds vorgeschlagen, der Frauen in armen Ländern einen besseren Zugang zu Krediten verschafft und die Entwicklung kleiner und mittelständischer Unternehmen erlaubt. Auch brauche es mehr Anreize, um Frauen für technische Berufe zu gewinnen. Letztlich stecke im weiblichen Unternehmertum ein beachtliches Potenzial, um die Weltwirtschaft fairer, gerechter und für Entwicklungs- und Industrieländer gleichermaßen attraktiv zu gestalten.

Zum Abschluss des W20-Dialogforums in Berlin erhielt Bundeskanzlerin Angela Merkel die Empfehlungen der Beteiligten. Die Bundeskanzlerin versprach, die Empfehlungen der Frauen in den G20-Prozess einzubringen. Sie betonte aber, dass man einen langen Atem brauche. Geduld und Ausdauer seien gefragt, denn bei G20 gelte das Prinzip der Einstimmigkeit.

Frauen bewegen



„Es gibt kein Verbot für alte Weiber, auf Bäume zu klettern.“

Dieses Zitat von Astrid Lindgren löste breite Heiterkeit bei den Weggefährtinnen und Weggefährten von Rita Süßmuth aus, die anlässlich ihres 80. Geburtstages ins Konrad-Adenauer-Haus zum Feiern gekommen waren. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, die als ehemalige Frauenministerin und heutige stellvertretende CDU-Vorsitzende die Laudatio auf die Jubilarin hielt, hatte das Zitat im Büro von Bundestagspräsidentin a. D. Rita Süßmuth entdeckt. Allzu gut passt das Zitat zur Ehrenvorsitzenden der Frauen Union.

In ihrer Laudatio spannte Ursula von der Leyen einen weiten Bogen bis hin zu den aktuellen Herausforderungen der Frauenpolitik. Sie sprach den Gästen aus den Herzen und dankte Rita Süßmuth mit den Worten: „Wir stehen auf dem Fundament, dass Sie uns durch Ihre Arbeit gegeben haben“.

Die Vorsitzende der Frauen Union Annette Widmann-Mauz betonte, welche Maßstäbe sie für politische Weitsicht, für Mut und Durchsetzungskraft gesetzt hat. Rita Süßmuth ist noch immer unermüdlich als leidenschaftliche und kämpferische Politikerin im Einsatz. Ihr Engage-

ment in der Frauen- und Familienpolitik hat sie zum Vorbild einer ganzen Generation von Frauen gemacht. Heute würden wir die Früchte ihrer Arbeit als Wegbereiterin für ein modernes Frauenbild ernten.

1986 wurde Rita Süßmuth erste Bundesfrauenministerin. Die Erweiterung des Aufgabenbereichs des Ministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit war ein Markstein in der Gleichberechtigungspolitik und der Auftakt für die Institutionalisierung der Frauenpolitik in Deutschland. In den 15 bewegenden Jahren als Vorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands hat sie die „neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau“ (Essener Parteitag) mit Leben erfüllt. Sie ließ nicht locker, bis endlich nach mehreren Anläufen das Frauenquorum der CDU 1996 beschlossen wurde.

Auch als Bundestagspräsidentin hat sie wichtige Akzente gesetzt. In ihre Amtszeit fiel der Mauerfall am 9. November 1989. Unvergessen sind die Parlamentsdebatten zum Umzug von Bonn nach Berlin und die Verhüllung





des Reichstages durch Christo und Jeanne-Claude. Sie hat diese herausgehobene Position immer wieder geschickt genutzt, um Gleichberechtigung zu thematisieren und so auf die politische Agenda zu setzen.

Rita Süßmuth hat ein ausgesprochenes Gespür für zukünftige Herausforderungen. Auf die Bedeutung der Integrationspolitik hat sie vor allen anderen hingewiesen.

Annette Widmann-Mauz wies darauf hin, dass es noch nicht lange her sei, dass Frauenpolitik gerade bei jungen Frauen ziemlich „out“ war. Gut ausgebildet, auf dem Arbeitsmarkt gefragt, lag ihnen scheinbar nichts ferner, als sich in einer Partei für Frauenfragen zu engagieren. Der Jahreswechsel 2016 markierte hier eine Wende. Im letzten Jahr hätten Frauenfragen die politische Agenda wesentlich bestimmt und alle Bevölkerungsschichten in einem Maß bewegt, wie schon lange nicht mehr. „Nein heißt Nein“ im Sexualstrafrecht, der Umgang mit Vollverschleierung und Kinderehen prägte die politischen Debatten. Gleichberechtigung, faire Chancen für alle und eine

partnerschaftliche Gesellschaft seien nicht selbstverständlich. Sie mussten hart erkämpft werden. Und wir müssten heute dafür eintreten, dass sie auch künftig selbstverständlich gelten – hier und in anderen Ländern.

In einer spannenden Gesprächsrunde mit dem Vorsitzenden der CDA Karl-Josef Laumann, der Direktorin des Deutschen Instituts für Menschenrecht Prof. Dr. Beate Rudolf und der stellvertretenden Leiterin des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung Prof. Dr. Naika Foroutan wurde die Situation von Frauen und der Zusammenhalt der Gesellschaft unter die Lupe genommen. Aufstiegschancen, die Integration von Migrantinnen und die Unterstützung von Kindern aus sozial schwachen Familien wurden dabei besonders in den Blick gerückt.

Mit dem Appell der Jubilarin „Keine schafft es alleine“ und Standing Ovationen für Rita Süßmuth ließen die Gäste den Abend gut gelaunt ausklingen.

Ad





Der grandiose Wahlerfolg
im Saarland – oder:
Der Annegret-Effekt ...



AKKtiv mit Herz

Am 26. März haben die Saarländerinnen und Saarländer zu 40,7 Prozent der CDU ihre Zustimmung ausgesprochen. Die CDU hat im Vergleich zu 2012 5,5 Prozent dazu gewonnen. Die SPD kommt auf 29,6 Prozent und verliert ein Prozent. Die Wahlbeteiligung im Saarland ist um 8,1 Prozentpunkte gestiegen. Mit 69,7 Prozent erreichte sie das höchste Niveau seit 1994. In 50 der 52 Städte und Gemeinden liegt die CDU vor den anderen Parteien.

Die CDU gewinnt von allen Parteien insgesamt 22 000 Stimmen hinzu – noch mehr Stimmen kommen von den Nichtwählern (+28 000). In den meisten Alters-, Bildungs- und Berufsgruppen verbessert die CDU ihr Ergebnis im Vergleich zu 2012. Von den weiblichen Wählern erhält die CDU 43 Prozent Zustimmung, die SPD dagegen nur 30 Prozent. Das ist umso höher zu bewerten, als auch die SPD mit einer Spitzenkandidatin angetreten ist.

Was hat den Ausschlag für den Wahlerfolg gegeben?

Niemand spricht mehr von dem sog. Schulz-Effekt, sondern nun von dem Annegret-Effekt: Hauptgrund des grandiosen Wahlerfolges ist nämlich Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer selbst. Ihr vertrauen die Menschen: 75 Prozent aller Saarländerinnen und Saarländer wollten sie an der Spitze der Landesregierung und damit als Ministerpräsidentin behalten. Die Menschen mögen ihre unaufgeregte, sachliche und zugleich empathische Art. Sie fühlen sich ernst genommen.

Neben dem stark auf die Person von Annegret Kramp-Karrenbauer zugeschnittenen Wahlkampf hat die große Geschlossenheit und Einmütigkeit in der CDU Saar den Ausschlag gegeben. Ausnahmslos alle Vereinigungen und Gruppierungen haben ihre Anhänger mobilisiert. Jeder Stadtverband, jeder Kreisverband und jede Vereinigung hat mehrere Veranstaltungen auf die Beine gestellt. Jeder Ortsverband hat Standaktionen z.B. auf Marktplätzen, in Fußgängerzonen und vor Supermärkten durchgeführt. Es gab eine Schlussmobilisierung mit der Bundeskanzlerin bewusst als Outdoorveranstaltung in der Kreisstadt St. Wendel. In der Nacht vor dem Wahltag wurden landauf/landab Türanhänger an die Haustüren gehängt, um die Menschen zur Wahlurne zu bringen.

Schlüssel zum Erfolg waren sicherlich auch die Hausbesuche. Von Januar bis Ende März wurden 75 000 Haushalte in allen 52 Städten und Gemeinden besucht. Eingesetzt wurde erstmals die vom Bundesverband entwickelte connect17-App. In allen Kreisverbänden wurden Multiplikatorenschulungen mit einer Rhetoriktrainerin durchgeführt.

Besondere Bedeutung kam auch den Social Media zu: nahezu alle Aktionen wurde in Facebook bebildert und eifrig geteilt.

Die Rolle der Frauen Union Saar:

Die Frauen Union hat ihren Teil zum Erfolg geleistet. In allen Kreisverbänden fanden sogenannte Ladies Talks statt. Jeder Kreisverband wählte eine geeignete Location

frau & info



aus, zum Beispiel ein Wellnesshotel, eine Generationenbewegungsstätte oder eine Diskothek – als Frühstück/Brunch, Abendessen oder Stehempfang mit Canapés. So unterschiedlich die Umsetzung war, gleich war der Rahmen: Eingeladen wurden Multiplikatorinnen aus Wirtschaft, Gesellschaft, Kirchen und Verbänden. Die Landes- und Kreisvorsitzenden begrüßten, Annegret Kramp-Karrenbauer sprach ca. 20 Minuten und ging dann von Tisch zu Tisch und führte Einzelgespräche. Der Andrang war jedes Mal sehr groß und lag jeweils zwischen 60 und 200 Frauen. Die Adressen für die Veranstaltungen stellte jeder Kreisverband übrigens selbst zusammen – aus bestehenden Verteilern oder durch Recherche im Internet oder Telefonbuch. Viel Arbeit, zugegeben – aber ein klasse Grundstock für die kommenden Jahre. Die Resonanz der Frauen war bei allen Veranstaltungen sehr positiv. Geplant ist es, jährlich die Ladies Talks fortzusetzen.

Die FU Saar veröffentlichte erstmals ein eigenes Wahlprogramm: in einem Flyer wurden die wichtigsten Botschaften unter dem Motto „AKktiv für Frauen und Mädchen“ zusammengestellt. Grundlage bot das Wahlprogramm der CDU Saar. Beim Weltfrauentag am 8. März und auch bei den zentralen Standaktionen in der Landeshauptstadt Saarbrücken fanden diese reißenden Absatz. Gezielt wurden weibliche Passanten damit angesprochen, die darauf durchweg positiv reagierten. Herzlichen Dank auch an unsere Ehrenvorsitzende Rita Süßmuth, die uns bei einem Canvassing-Stand in der Wahlwoche unterstützte.

Zudem wurde ein eigenes Werbemittel produziert: ein pinkfarbener Schlüsselanhänger aus Leder – in Herzform mit der Aufschrift „AKktiv mit Herz“.

Resümee: Der Wahlerfolg im Saarland hat das Superwahljahr eingeläutet und damit den medialen Hype um Martin Schulz relativiert. Am 7.5. folgte der klasse Erfolg der CDU in Schleswig-Holstein. Nach Nordrhein Westfalen gilt es jetzt, gemeinsam für den Erfolg bei der Bundestagswahl zu kämpfen. Für unsere Kanzlerin Angela Merkel und unsere CDU.

Anja Wagner-Scheid, Vorsitzende der Frauen Union der CDU Saar

Europas Chancen



Zur Mitgliederversammlung der Deutschen Sektion der Europäischen Frauen-Union konnte die Vorsitzende Eva Möllring mit Claire Demesmay zu den Präsidentschaftswahlen in Frankreich und Helga Lukoschat zur Parität ausgewiesene Spezialistinnen zu ihren Themen gewinnen.

Die Vorsitzende der Frauen Union der CDU Annette Widmann-Mauz dankte den Frauen für ihr Engagement auf europäischer Ebene.

Die Delegierten nominierten einstimmig Eva Möllring als Kandidatin für die Vizepräsidentenwahl der Ratsversammlung der Europäischen Frauen-Union in Prag.

Impressum

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der Frauen Union der CDU Deutschlands · Klingelhöferstraße 8 · 10785 Berlin · Telefon 030 22070-452 · Telefax 030 22070-439 · fu@cdu.de · www.frauenunion.de · **Bundesgeschäftsführerin:** Claudia Hassenbach · **Redaktionsleitung:** Silke Adam · **Verlag:** Union Betriebs-Gesellschaft mbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · Telefon 02226 802-0 · Telefax 02226 802-111 · Telefon Vertrieb 02226 802-213 · Geschäftsführer: Rudolf Ley · **Erscheinungsweise:** 6-mal im Jahr · **Bezugspreis:** Einzelpreis 2,50 Euro · Jahresabonnement: 15,- Euro · **Bankverbindungen:** Sparkasse KölnBonn (IBAN DE20370501980007510183, BIC COLSDE33XXX) · Postbank Köln (IBAN DE67370100500193795504, BIC PBNKDEFFXXX) · **Anzeigenverwaltung:** Union Betriebs-GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · **Layout, Satz & Druck:** Union Betriebs-GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · Dieses Produkt wurde auf chlorfreiem Papier gedruckt.

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) präsentiert



„Martin Luther hielt die Musik für ein Gottesgeschenk und gab ihr ‚nach der Theologie die nächste Stelle und die höchste Ehre‘. Das bleibt auch heute richtig. Deshalb freue ich mich sehr darüber, dass die reformatorische Botschaft in dem Luther-Oratorium von Daniel Pacitti und Christian Meißner neu zum Klingen kommt. Auf unverwechselbare Weise wird die Botschaft von Gottes freier Gnade und dem befreiten Gewissen des Menschen die Hörerinnen und Hörer erreichen.“

Unter der Schirmherrschaft von
Altbischof Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Huber

AM ANFANG
WAR DAS WORT



LUTHER
2017
500 JAHRE
REFORMATION

„Wir sind Bettler“

Luther-Oratorium zum Reformationsjahr 2017

URAUFFÜHRUNG

Musik: Daniel Pacitti

Text: Christian Meißner

Brandenburgisches Staatsorchester Frankfurt

Konzert- und Kinderchor der Staatsoper

Berliner Oratorien-Chor

Dirigent: Daniel Pacitti

Cristiane Roncaglio (Sopran)

Yuriko Ozaki (Sopran)

Roman Trekel (Bariton)

Arttu Kataja (Bassbariton)

Dominic Barberi (Bass)



Roman Trekel



Yuriko Ozaki



Cristiane Roncaglio



Arttu Kataja



Dominic Barberi

Einladung zur Uraufführung am:

Mittwoch, dem 28. Juni 2017,
in der Berliner Philharmonie

Beginn: 20.00 Uhr (Einlass: 19.00 Uhr)

Ticket-Hotline (030) 47 99 74 74

www.eventim.de | www.eak-cducsu.de

sowie an der Gastkasse der Philharmonie und an allen bekannten
Vorverkaufsstellen

Philharmonie Berlin, Herbert-von-Karajan-Straße 1, 10785 Berlin,
Tel. 030 254 88-132; -301 (Kasse Philharmonie)